

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Mehr Erfolg durch Kinderbetreuung

Martina Entner, Obfrau von „Frau in der Wirtschaft“, fordert einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen.

Familienfreundlichkeit sei auch wichtig für den Wirtschaftsstandort.

Innsbruck, Wien – „Frauen erreichen statistisch mehr formale Bildungsabschlüsse als Männer. Nichtsdestotrotz sind sie in der Familie meist für die Kinderbetreuung zuständig.“ Für die Touristikerin Martina Entner, Landesvorsitzende von „Frau in der Wirtschaft“ (FiW) der Wirtschaftskammer Tirol, ist die derzeitige Form der Kinderbetreuung etwa aufgrund nicht zeitgemäßer Öffnungszeiten und zu weniger Ferienangebote nicht mehr zeitgemäß. Selbst zweifache Mutter, fordert sie ganztägige, flächendeckende Kinderbetreuung, und zwar das ganze Jahr über: „Jeder Familie in Tirol muss es möglich sein, Kind und Karriere zu vereinbaren.“



Familienfreundlichkeit und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden auch für den Standort immer wichtiger. Foto: iStock © E+

Besonderer Kritikpunkt: Das Angebot an Betreuungsplätzen hinkt im ländlichen Bereich jenem in den Ballungszentren nach wie vor deutlich hinterher, besonders bei den unter Dreijährigen. Im Österreichschnitt liegt die Quote bei nur 25,5 Prozent. FiW fordert, dass flächendeckend für mindestens 33 Prozent der unter Dreijährigen Betreuungsplätze zur Verfügung stehen sollen. Nur ein Mehr an Betreuungsplätzen für die Kleinsten ermögliche es Eltern, rasch wieder in den Job einzusteigen.

1980 lagen Frauen und Männer beim Abschluss der Höheren Schule mit einer Matura noch nahezu gleichauf (20 Prozent der Frauen und 21 Prozent der Männer absolvierten die Reifeprüfung). 2014 waren es schon mehr Frauen (51 Prozent Frauen und 36 Prozent Männer). Nicht nur bei Bildungsabschlüssen holten Frauen auf. Laut einer Statistik der Wirtschaftskammer wurde 2015 bereits jedes dritte Unternehmen in Österreich von einer Frau geleitet. Vor allem im Dienstleistungssektor liegen Unternehmerinnen vorn: So beträgt der Frauenanteil bei Friseuren 82,1 Prozent und in der Mode- und Bekleidungstechnik 75,3 Prozent.

„Familienfreundlichkeit entwickelt sich also auch immer mehr zum Standort- und Wettbewerbsfaktor“, betont Entner. Das betont auch eine Studie von FAS Research, die entscheidende Schlüsselinstitutionen und besonders vorbildhafte Unternehmen in Sachen Familienfreundlichkeit in Österreich identifizierte. Die Studie zeigte zudem auf, welche Themen für die meisten Unternehmen und Institutionen Priorität haben: Der Ausbau und die Förderung von flexiblen Arbeitszeitmodellen führt die Liste an, dicht gefolgt von leistbarer und qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung. Ein Engagement für

Familienfreundlichkeit werde von drei großen Motiven geleitet: Förderung von Gleichheit und Solidarität, Stärkung von Performance und wirtschaftlichem Erfolg und Schaffen von besseren Regelungen und Rahmenbedingungen.

Entner präsentiert Zahlen. Die Anzahl der weiblichen Erwerbstätigen sei von 1994 bis heute um ein Viertel in die Höhe gegangen und mit einer Frauenerwerbsquote von 70,9 Prozent über dem EU-Schnitt. Auch die Steuerleistung der Frauen ist 2016 österreichweit um 500 Mio. Euro gestiegen. Die Rahmenbedingungen, die es Eltern, insbesondere Müttern, ermöglichen, Beruf und Kinder zu vereinen, seien also noch ausbaufähig. Dazu gehöre etwa bis zum Alter von 14 Jahren auch eine steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten. (ver)

Teuer für Familien, Bund, Länder und Gemeinden

Innsbruck — Georg Göbel lebt mit seiner Frau und den beiden Kindern in Ranggen. Mittlerweile sind die Kinder elf und 13 Jahre alt. Sowohl Göbel als auch seine Frau wollten ihren Beruf weiter ausüben, eine Kinderbetreuung war also notwendig. Göbel wollte eigentlich, dass seine Kinder in der Gemeinde, in der sie leben, betreut werden, doch das war schwer möglich, die Betreuung fand daher hauptsächlich in Innsbruck statt. Insgesamt hat Familie Göbel bisher 67.000 Euro an Betreuungskosten ausgegeben, im Durchschnitt seien das 400 Euro pro Kind und Monat. Göbel wünscht sich bessere steuerliche Absetzbarkeit. Durch einen Ministerratsbeschluss wurde die 15a-Vereinbarung zum Ausbau der Kinderbetreuung bis August 2018 verlängert. 52,5 Mio. Euro an Bundesmitteln sollen demnach zum Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt werden. Die Summe wird von Ländern und Gemeinden kofinanziert. Die Tiroler Gemeinden haben sich laut Amt der Tiroler Landesregierung 4,5 Mio. Euro aus diesem Topf gesichert. (TT)